Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 496 DIENSTAG, 17. OKTOBER 1933 ABEND-AUSGABE

Tarifverträge sind aufrechtzuerhalten

Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers gegen Senkung des Lohnniveaus

Der Reichsarbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Beauftragten des Führers für Wirtschaftsfragen mit:

„Seit Erlaß des Gesetzes über die Treuhänder der Arbeit hat die Reichsregierung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß es eine wesentliche Aufgabe der Treuhänder sei, die vorhandenen Tarifverträge, insbesondere das Lohnniveau, aufrechtzuerhalten. Nur in dringenden Fällen dürfen die Treuhänder eine Aenderung von Tarifbedingungen, die sozial oder wirtschaftlich nicht mehr länger zu vertreten sind, vornehmen.

An dieser Richtlinie muß die Reichsregierung schon deshalb festhalten, weil sie jede Gefährdung ihres nächsten Hauptziels, nämlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen vermeiden muß. Eine grundsätzliche Aenderung des Lohnsystems, wie zum Beispiel die allgemeine Einführung eines Wochenlohns oder wesentlich verlängerte Kündigungsfristen usw., kann jetzt also ebensowenig wie eine materielle Aenderung der Lohnhöhe in Betracht gezogen werden.

Die Treuhänder sind erneut angewiesen worden, in diesem Sinn ihre Entscheidungen zu treffen. Es ist also zwecklos, daß einzelne Verbände Anregungen auf grundsätzliche lohnpolitische Reformen an die Treuhänder richten. Ebenso hält es die Reichsregierung für erwünscht, daß in der öffentlichen Diskussion die notwendige Rücksichtnahme auf die erwähnten lohnpolitischen Richtlinien geübt wird, um eine Beunruhigung der Arbeitnehmer und Unternehmer zu vermeiden."

Göring und Goebbels als Zeugen benannt

Zum Schluß der heutigen Sitzung im Reichstagsbrand-Prozeß teilte der Oberreichsanwalt mit, daß die Verhandlung nun eine der übelsten Verleumdungen des Braunbuches berühren werde: die Behauptung, daß durch die unterirdischen Heizgänge, die vom Reichstagspräsidentenpalais zum Reichstag herüber führen, eine Brandstifterkolonne unter Führung von Heines die Brandstiftung vollzogen habe.

Zur Widerlegung dieser im Auslande verbreiteten Verleumdung werden Ministerpräsident Göring, Reichsminister Goebbels sowie Polizeipräsident Heines, Oberleutnant Schulz und Graf Helldorf als Zeugen gehört werden.

Prozeßbericht umseitig!

Amerika zieht sich zurück

Eine offizielle Erklärung Norman Davis

GENF, 17. Oktober

Auf Grund der gestern aus Washington eingetroffenen Instruktionen hat der amerikanische Hauptdelegierte Norman Davis folgende offizielle Erklärung veröffentlicht: Wir sind in Genf einzig und allein zu Abrüstungszwecken. Solange eine Möglichkeit besteht, die Verhandlungen über die Abrüstung erfolgreich fortzusetzen, werden wir gern dazu beitragen. Wir sind jedoch nicht an dem politischen Element oder an irgendeiner rein europäischen Seite des Problems interessiert. Wir stellen nochmals fest, daß wir in keiner Weise politisch an irgend eine europäische Macht gebunden sind. Jede Uebereinstimmung der Meinungen, die etwa bestanden hat, hat sich allein auf die Frage der Weltabrüstung bezogen. Ob die Umstände für die Fortsetzung der gegenwärtigen Abrüstungsbemühungen günstig sind oder nicht, ist eine Frage, die von Europa und nicht von den Vereinigten Staaten beantwortet werden muß. Im Laufe dieser Woche werden Besprechungen zwischen den europäischen Hauptstädten stattfinden. Wir wünschen nicht an diesen Besprechungen aktiv teilzunehmen, da ihre Voraussetzungen rein politisch sind. Die im Mai dieses Jahres vom Präsidenten Roosevelt in seiner Botschaft an die Staatsoberhäupter aufgestellten Grundsätze bleiben für die Politik der Vereinigten Staaten maßgebend.

Die Erklärungen von Norman Davis sind von sehr großer Bedeutung. Sie bestätigen zunächst, daß die Regierung Roosevelt, der Stimmung der amerikanischen Bevölkerung entsprechend und der traditionellen Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten getreu, sich von den politischen Konflikten Europas fernzuhalten entschlossen ist. Der amerikanische Unterhändler sieht, dem Text seiner Ausführungen nach, die entstandene Spannung weniger in sachlichen Differenzen über die Abrüstung, als in politischen Elementen oder in rein europäischen Seiten des Problems begründet. Wo bei der Abrüstungsfrage die Grenze zwischen Rüstungsfragen und politischen Fragen gezogen werden soll und wie sie gezogen werden kann, bleibt ein Geheimnis.

Norman Davis kündigt Gespräche zwischen den europäischen Hauptstädten für diese Woche an. Wird es sich bei ihnen nicht um Abrüstungsfragen handeln, an denen die Amerikaner interessiert sind, sollten diese Abrüstungsfragen mit einem Male politische Fragen geworden sein, oder können europäische Meinungsverschiedenheiten über die Abrüstung getrennt werden von den Verhandlungen über die Abrüstung überhaupt? So viele Fragen, so wenig Antworten. Gleichwohl wird man von der amerikanischen Erklärung nicht überrascht sein, denn es war ja niemals damit zu rechnen, daß die Amerikaner ihrer Isolierungspolitik untreu werden würden.

Dr. Goebbels zur Außenpolitik

LONDON, 17. Oktober

Der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat dem Korrespondenten der „Daily Mail" in Berlin, Ward Price, einige Fragen im Zusammenhang mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz beantwortet.

Auf die Frage, ob Goebbels eine Antwort darauf geben könne, ob Deutschland jetzt bereits mit der Aufrüstung beginne, sagte der Propagandaminister Nein! Deutschland hält sich an seine vertraglichen Verpflichtungen. Es erhebt die Forderung, daß die anderen Unterzeichner des Vertrages ihre Versprechungen in derselben Weise erfüllen.

Auf die Frage, wie die Aeußerungen, die Hitler in seiner Rundfunkrede im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen getan habe, mit dem in dem Buche „Mein Kampf" und sonstwo ausgedrückten Gefühl gegen Frankreich in Einklang gebracht werden könnten, habe Goebbels geantwortet, daß das Freundschaftsangebot, das Hitler an Frankreich machte, ein Beweis für die Evolutionsfähigkeit der nationalsozialistischen Partei sei. Schon seit längerer Zeit sei eine Veränderung in der Haltung Deutschlands gegenüber Frankreich vor sich gegangen. Wenn Deutschland die Saar zurückerhalte, werde es keine gebietsmäßigen Klagegründe gegen Frankreich haben.

Auf die Frage, ob dies auch auf Polen zutreffe, habe der Propagandaminister erwidert: Deutschland könne den Korridor sicherlich nicht als ständige Einrichtung betrachten, aber er sei der Ansicht, daß es keine Frage in Mitteleuropa gäbe, die einen neuen Krieg rechtfertigen und notwendig machen würde. Deutschland wünsche den Korridor zurückzuerhalten, aber es sei überzeugt, daß dies Sache von Verhandlungen sei. Das möge zur Zeit unmöglich erscheinen, aber manche scheinbare Unmöglichkeiten seien in Europa im letzten Jahre verwirklicht worden. Der Aufstieg der NSDAP zur Macht sei eine davon.

Balkan distanziert sich

Bericht der Vossischen Zeitung

M BELGRAD, im Oktober

Eines der wichtigsten politischen Ereignisse auf dem Balkan nach dem Kriege war zweifellos die Balkan-Reise des jugoslawischen Königs. Obwohl sie amtlich als eine Privatreise im strengsten Inkognito bezeichnet wurde, waren alle politischen Faktoren vom Anfang an überzeugt, daß die Reise hochpolitische Ziele verfolge und wichtige Folgen für die Beziehungen der Balkanvölker untereinander und des Balkans zum übrigen Europa haben werde. Auf seiner Reise kam König Alexander von Jugoslawien mit dem rumänischen König Karol und der rumänischen Regierung, mit dem bulgarischen König Boris, mit dem türkischen Staatspräsidenten Mustafa Kemal und der türkischen Regierung sowie schließlich mit der griechischen Regierung in Berührung. Von den Balkanstaaten blieb bei dieser Rundreise nur Albanien ausgeschlossen, was angesichts der engen politischen Bindung zwischen Albanien und Italien und der noch immer herrschenden Spannung zwischen Italien und Jugoslawien verständlich ist.

Zusammenkünfte zwischen Staatsoberhäuptern und von Staatsoberhäuptern mit ausländischen Regierungen sind stets wichtige politische Ereignisse. Dies gilt noch in erhöhtem Maße für König Alexander von Jugoslawien, in Anbetracht seiner Stellung als unbeschränkter Herrscher in der Innen- und Außenpolitik seines Landes. Daß er sich zu einer solchen Rundreise entschlossen hatte, beweist daher, daß er sehr weitgehende und entscheidende politische Pläne verfolgte. Welcher Art sind diese Pläne? Darüber wird amtlich nichts bekanntgegeben, doch ist es gestattet, aus der allgemeinen Entwicklung der politischen Dinge auf dem Balkan gewisse Schlüsse zu ziehen, die geeignet sind, Klarheit über die letzten Balkanereignisse zu schaffen.

Der Balkan und die Mächte

Wie alle Kleinstaaten sind auch die Balkanstaaten tief enttäuscht von der Politik der Großmächte. Langsam bricht die Erkenntnis durch, daß die europäischen Großmächte, ohne Unterschied, nicht imstande seien, Ordnung in Mitteleuropa und am Balkan zu schaffen. Die bisherige Politik ihrer mehr oder minder bedingungslosen Gefolgschaft hat den Kleinstaaten viel Schwierigkeiten und wenig Vorteile gebracht. In Jugoslawien und auch in allen anderen Balkanstaaten kommt langsam, aber stets stärker ein Unwillen gegen den Westen zum Ausdruck und die Ueberzeugung, daß die Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aus eigener Kraft erreicht werden müsse. Das Warten auf die Großmächte bedeute ein langsames Dahinsiechen. Diese Stimmung, die noch keine konkreten Formen angenommen hat und die auch nicht einen jähen, plötzlichen Bruch mit der bisherigen Politik und der Beziehungen zu den Großmächten bedeutet, drängt aber alle Balkanstaaten und vor allem Jugoslawien dazu, das gewissermaßen die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Balkan und dem Westen spielt, langsam eine andere politische Richtung einzuschlagen. Der König von Jugoslawien, der heute unzweifelhaft eine der stärksten politischen Individualitäten auf dem Balkan ist, sieht diese Notwendigkeit voraus.

Das Paktsystem

Dies wären die sozusagen psychologischen Motive der Balkanreise des jugoslawischen Königs. Außerdem scheinen aber dem König auch greifbare Ziele vorgeschwebt zu haben. Europa lebt heute mehr denn je in einem Zustand der Unruhe und Unsicherheit. In den kleinen Staaten des Ostens erträgt man diesen Zustand noch schwerer als in den Weststaaten. Deshalb ist es notwendig für diese Staaten, irgendwelche Mittel zu finden, um wenigstens für eine gewisse Zeit und eine gegebene Situation das Gefühl der Sicherheit und der Ruhe zu erlangen. Aus diesem Bedürfnis entstand das engere Bündnis zwischen den Staaten der Kleinen Entente im Februar dieses Jahres, das nun in Sinaia noch fester zusammengeschlossen wurde. Aus diesem Bedürfnis entstand auch der sogenannte Ostpakt zwischen den östlichen Kleinstaaten und Rußland und auch das unlängst abgeschlossene türkisch-griechische Bündnis.

Die nächsten Ziele

Es bestehen nunmehr im europäischen Osten drei Vertragssysteme mit ein und derselben Aufgabe: Sicherung des Friedens und der bestehenden politischen und staatlichen Verhältnisse in Osteuropa. Das Bündnis der Kleinen Entente und der Ostpakt überschneiden und ergänzen sich. Abseits